TECHNISCHE UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN

CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 26, No.1-2/2011

abgeschlossen am
15. Februar 2011

Seite

1.	**Congress verabschiedet Steuerkompromiss**	**1**
2.	***New START*-Abrüstungsvertrag ratifiziert**	**2**
3.	**‚*Don't Ask, Don't-Tell*'-Politik in den Streitkräften aufgehoben**	**6**
4.	**Überbrückungshaushalt 2011 in Kraft gesetzt**	**7**
5.	**Parteienstreit um Anhebung der Verschuldungsgrenze des Bundes**	**8**
6.	**Neue Geschäftsordnung für das Repräsentantenhaus verabschiedet**	**9**
7.	**Senat debattiert Einschränkungen von Obstruktionspraktiken**	**10**
8.	**Starke parteipolitische Polarisierung setzt sich fort**	**12**
9.	**Präsident setzt Prioritäten in Ansprache zur Lage der Nation**	**13**
10.	**Drei Senatoren kündigen Verzicht auf erneute Kandidatur an**	**15**

1-2/2011

1. Congress verabschiedet Steuerkompromiss

Der Congress hat kurz vor Weihnachten 2010 den zuvor zwischen der Obama-Administration und den republikanischen Fraktionsführungen von Repräsentantenhaus und Senat ausgehandelten Kompromiss zu Steuersenkungen (vgl. CR 11-12/2010, S. 1) verabschiedet.

Der Senat nahm die gemeinsam von *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) und *Minority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) eingebrachte Gesetzesvorlage bereits am 14. Dezember mit 81:19 Stimmen und damit mit überwältigender Mehrheit an.

Das Repräsentantenhaus folgte ungeachtet der schweren Vorbehalte zahlreicher Demokraten des linksliberalen „Mainstreams“ der Partei mit 277:148 Stimmen.

Das Paket aus größtenteils zeitlich kürzer angelegten Steuersenkungen und der Verlängerung der maximalen Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe um ein weiteres Jahr umfasst ein Finanzvolumen von etwa 858 Mrd. USD.

Die Kernbestimmungen des Gesetzes sind

- die erneute Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des regulär nach 26 Wochen auslaufenden Arbeitslosengeldes bis Ende 2011,

- die Fortschreibung der zuerst unter Präsident George W. Bush 2001 und 2003 beschlossenen Steuersenkungen um weitere zwei Jahre,

- die Aufrechterhaltung der reduzierten Erbschaftssteuer von 35 Prozent bei einem Freibetrag von 5 Mio. USD ebenfalls um zwei Jahre,

- die Verlängerung der Ausnahme von mittleren Einkommen von der (bereits mehrfach ausgesetzten) *Alternative Minimum Tax* (AMT) um ein Jahr,

- die Reduzierung der Rentenversicherungsbeiträge von 6,2 auf 4,2 Prozent für das Jahr 2011,

- die Beibehaltung der Steuervergünstigungen für Forschung und Entwicklung für weitere zwei Jahre,

- eine Sonderabschreibungsoption für alle Investitionen von Unternehmen für das Jahr 2011,

- die Verlängerung der Sondersteuererstattungen für Kinder in Höhe von 1.000 USD für einen Zeitraum von zwei Jahren sowie

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

- die Verlängerung der Steuererstattung für Bildungsausgaben von bis zu 2.500 USD für die Dauer von zwei Jahren.

Zahlreiche linksliberale Abgeordnete hatten vor der Verabschiedung versucht, die Steuervergünstigungen für Großerbschaften und die obersten Einkommensgruppen aus dem Paket heraus zu nehmen, scheiterten jedoch an der zwischenparteilichen Mehrheit von Republikanern und Demokraten.

Das drohende Scheitern bei einer Aufschnürung des Kompromisspaketes hätte bereits zu Anfang Januar 2011 zu spürbaren Steuerzusatzbelastungen für Privathaushalte wie für Unternehmen geführt.

Die konservativen Republikaner lobten den Kompromiss vor allem wegen der Fortschreibung der Steuersenkungen der Bush-Ära.

Präsident Obama hat, ungeachtet der teilweise herben Kritik aus den eigenen Reihen kurz nach der Wahlniederlage seiner Partei in den Zwischenwahlen zum Congress (*Midterm Elections*), Handlungsfähigkeit bewiesen und das umfangreiche Konjunkturstützungsprogramm durchgesetzt.

Der in den Meinungsumfragen merklich angeschlagene Präsident konnte die Zustimmung zu seiner Amtsführung Anfang 2011 in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit wieder etwas verbessern.

Obwohl die zentralen Bestimmungen des Kompromisses zeitlich befristet sind, engen jedoch die Steuerausfälle und die zusätzlichen Ausgaben für beide Seiten die Spielräume in der ohnehin fiskalisch stark angespannten Situation erheblich ein (siehe Punkt 4 und 5).

2. *New START*-Abrüstungsvertrag ratifiziert

In einem großen Triumph für Präsident Obama und die demokratische Mehrheitsfraktion in der 2. Sitzungsperiode des 111. Congress unter Führung von *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) hat der Senat am 22. Dezember 2010 den *New START*-Abrüstungsvertrag ratifiziert.

Die Entscheidung fiel mit 71:26 Stimmen, wobei neben 58 Mitgliedern der demokratischen Fraktion („Democratic Caucus“) auch 13 Republikaner für das Abkommen zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen Russlands und der USA stimmten, das am 8. April 2010 in Prag unterzeichnet worden war.

Nach Artikel II, Abschnitt 2 der amerikanischen Verfassung von 1787 hat der Präsident das Recht, „auf Anraten und mit Zustimmung des Senats Verträge zu schließen, vorausgesetzt, Zweidrittel der anwesenden Senatoren stimmen zu.“ Für die Obama-

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Administration bedeutete dies, dass sie mindestens neun Stimmen aus den Reihen der republikanischen Minderheitsfraktion für das zur Ratifikation erforderliche Quorum von 67 Stimmen gewinnen musste.

Dass es am Ende 13 Stimmen aus dem Lager der Opposition waren, die für die Ratifikation des Abrüstungsvertrages stimmten, unterstreicht, dass von einem *lame duck Congress* (vgl. CR 8-10/2010, S. 1) nach den Novemberwahlen 2010, in denen die Demokraten eine schwere Wahlniederlage hatten einstecken müssen (vgl. CR 11-12/2010, S. 11-18), nicht zwangsläufig gesprochen werden kann.

Vielmehr gelang des Obama und dessen Vizepräsident Joseph Biden in Verbindung mit *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) und John Kerry (D-Massachusetts), dem Vorsitzenden des *Senate Foreign Relations Committee*, einen wichtigen (außen)politischen Sieg für die Administration zu erringen.

Für die Ratifikation von *New START* stimmten neben 58 Demokraten, zu denen sich auch die beiden Unabhängigen Joseph Lieberman (I-Connecticut) und Bernhard Sanders (I-Vermont) zählen, auch die Republikaner

- Alexander (Tennessee), Bennett (Utah), Brown (Massachusetts), Collins (Maine), Cochran (Mississippi), Corker (Tennessee), Gregg (New Hampshire), Isakson (Georgia), Johanns (Nebraska), Lugar (Indiana), Murkowski (Alaska), Snowe (Maine) und Voinovich (Ohio).

Gegen die Ratifikation des Abrüstungsvertrages votierten auf republikanischer Seite (neben 24 weiteren Fraktionsmitgliedern) auch die Fraktionsspitzen, *Senate Minority Leader* Mitch McConnell (Kenntucky) und *Senate Minority Whip* Kyl (Arizona). Darüber hinaus sprachen sich einige der potenziellen Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2012, darunter Sarah Pallin, Mitt Romney, Newt Gingrich und John Thune, gegen den Vertrag aus.

Der Ratifikationsentscheidung war ein mehrere Monate andauerndes Tauziehen zwischen dem Präsidenten und der republikanischen Minderheitsfraktion vorausgegangen, an deren Spitze sich die Senatoren Jon Kyl (R-Arizona) und Bob Corker (Tennessee) gestellt hatten (vgl. CR 11-12/2010, S. 5-8; CR 8-10/2010, S. 7 und CR 3-4/2010, S. 8).

Während Senator Corker seinen Widerstand gegen *New START* schlussendlich aufgab, blieb Senator Kyl bei seiner Ablehnung, obwohl die Administration zwischenzeitlich massive Zugeständnisse mit Blick auf die Modernisierung des verbleibenden strategischen Atomwaffenarsenals gemacht hatte (vgl. CR 11-12/2010, S. 5/6).

Der *New START*-Vertrag sieht eine Verringerung der nuklearstrategischen Gefechtsköpfe Russlands und der Vereinigten Staaten auf jeweils 1.550 vor und begrenzt die Zahl der *einsatzbereiten* Abschusseinrichtungen für beide Vertragsparteien zu Lande, zur See und in der Luft auf 700 (insgesamt auf 800).

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Nach Berechnungen der *Arms Control Association* (ACA) würde sich die Zahl der strategischen Atomwaffen auf amerikanischer Seite von derzeit 1.968 auf 1.500 verringern, was einer Reduzierung um etwa 30 Prozent gleichkäme. Das wären immer noch deutlich mehr nuklearstrategische Waffen, als für eine robuste Minimalabschreckung erforderlich wären und auch die Flexibilität mit Blick auf die von den republikanischen Kritikern geforderte Modernisierung des strategischen Atomwaffenarsenals der USA würde nicht beeinträchtigt. Nach Einschätzung der ACA könnten die USA unter *New START* bis zu 420 landgestützte Interkontinentalraketen, 60 mit nuklearen Marschflugkörpern bestückte strategische Bomber und 240 seegestützte Interkontinentalraketen stationieren.

Senator Kyl genügte dies dennoch nicht. Gemeinsam mit seinem Fraktionsführer McConnell warf er der Administration trotz der gemachten Modernisierungszugeständnisse vor, „(a) decision of this magnitude should not be decided under the pressure of a deadline." Gemeint war die Absicht der Administration und der demokratischen Mehrheitsführung im Senat eine Entscheidung noch vor der Weihnachtspause 2010 und damit vor dem Beginn der 1. Sitzungsperiode des 112. Congress herbeizuführen, in der die Republikaner im Senat mit 47 statt wie bisher 41 Sitzen ausgestattet sein würden. Entsprechend erklärte Senator Kyl Mitte Dezember 2010: „It is impossible to do all the things that the majority leader laid out (…) without disrespecting one of the two holiest of holidays for Christians and their families of all of the Senate, not just the senators but all of the staff."

Vizepräsident Biden hielt Kyl taktische Manöver vor: "Don't tell me about Christmas. I understand Christmas. I was a senator for a long time, and I've been there many years where we go right up to Christmas", blaffte Biden in einem Fernsehinterview und fügte hinzu: „There's 10 days between now and Christmas. I hope I don't get in the way of your Christmas shopping, but this is the nation's business. This is the national security at stake. Act."

Die Administration hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon dazu entschlossen, Kyl nicht wie in den Vormonaten weiter zu umwerben, sondern andere republikanische Senatoren wie Corker und Alexander, Cochran und Isakson auf ihre Seite zu ziehen. In diesem Zusammenhang schrieb Präsident Obama am 18. Dezember einen Brief an alle Mitglieder des *U.S. Senate*, in dem er die Unterstützung seiner Administration für ein nationales Raketenabwehrsystem unterstrich (http://www.america.gov/st/texttrans-english/2010/December/20101220112111su0.6327565.html) und einen weiteren wenig später, in dem er sich noch einmal ausdrücklich zur Modernisierung des amerikanischen nuklearstrategischen Atomwaffenarsenals im Kontext von *New START* bekannte.

Senator Alexander (R-Tennessee) erklärte späterhin, dass diese Briefe des Präsidenten ihn dazu bewegt hätten, schlussendlich für die Ratifikation von *New START* zu stimmen. Einige andere Republikaner wandten sich dagegen ausdrücklich von der Position der Administration ab und erklärten, dass sie gegen den Vertrag stimmen würden. Zu

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

ihnen zählten Lindsey Graham (South Carolina), Orrin Hatch (Utah) und Mark Steven Kirk (Illinois).

Vor dem Hintergrund der massiven Überzeugungskampagne der Administration eröffnete der Senat schließlich Mitte Dezember mit 66:32 Stimmen die Debatte im Plenum über *New START*. Ein Versuch der republikanischen Gegner des Vertrages, diese Debatte mittels *Cloture* am 21. Dezember 2010 zu stoppen, scheiterte mit 67:28 Stimmen. Damit war klar, dass Präsident Obama die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zusammen hatte und politisch wie prozedural war es nur noch ein kleiner Schritt zur Ratifikation des Vertrages (die dann einen Tag später am 22. Dezember mit 71:26 Stimmen erfolgte).

Gleichwohl gelang es den Republikanern noch zwei *Amendments* zur Vertragsratifikation (*Treaty Document 111-5*) durchzusetzen. Das eine verpflichtet den Präsidenten gegenüber dem Congress zu bestätigen, dass er dass Argument Russlands nicht anerkennt, nachdem der Vertrag nur lebensfähig („viable“) sei, wenn die USA ihre nationale Raketenabwehr nicht ausbauen. Das zweite verpflichtet das Weiße Haus darauf, die Modernisierung des amerikanischen strategischen Atomwaffenarsenals in Angriff zu nehmen.

Mit der Ratifikation des *New START*-Vertrages ist es Präsident Obama gelungen seiner deklaratorisch angekündigten Wende in der nuklearen Rüstungspolitik Taten folgen zu lassen. Obama hatte in seiner Prager Rede Anfang April 2009 die Vision einer kernwaffenfreien Welt (*Global Zero*) in das Zentrum seiner sicherheitspolitischen Initiativen gerückt, auch um die Glaubwürdigkeit der USA als Normgeber im Kampf gegen die Gefahr der wachenden nuklearen Proliferation zu Beginn des 21. Jahrhunderts zurückzugewinnen.

Freilich bedeutet dieser große (außen-)politische Sieg nicht zwangsläufig, dass Obama unter den Bedingungen des *divided government* und einer deutlich gestärkten republikanischen Oppposition im 112. Congress (aber auch im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012) weitere Schritte mit Blick auf *Global Zero* wie die Ratifikation des *Comprehensive Test Ban Treaty* (CTBT) wird durchsetzen können.

Die Ratifikation des umfassenden nuklearen Teststoppvertrages war im Oktober 1999 während der Amtszeit Präsident Bill Clintons (vgl. CR 10/1999, S. 1) schon einmal am Widerstand der Republikaner gescheitert, wobei Senator Kyl damals eine führende Rolle gespielt hatte. Das Scheitern des CTBT in den USA hatte eine schwere internationale Legitimitätskrise amerikanischer nuklearer Abrüstungspolitik ausgelöst und dass, obwohl der Demos in den USA mit großer Mehrheit hinter der Ratifikation des Vertrages stand.

Barack Obama dürfte nun mit Blick auf einen erneuten Ratifikationsversuch des CTBT (den Clinton 1996 für die USA unterzeichnet hatte) vor einer noch größeren politischen Herausforderung stehen als bei der Ratifikation des *New START*-Vertrages. Rose Gottemoeller, *Assistant Secretary of State for Arms Control*, hält das für ein durchaus

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

von der Administration zu lösendes politisches Problem: „There's always been a bloc of opponents historically to nuclear arms reduction and control in the Senate."

Andere Beobachter sind da weit pessimistischer und verweisen auf die große parteipolitische Polarisierung auch im Senat (vgl. Punkt 8), die im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 die Handlungsspielräume des Präsidenten mit Blick auf weitere Schritte in Richtung eines *Global Zero* durchaus sehr stark einschränken könnte, so dass am Ende politisch nur der *New START*-Vertrag als Beweis für die abrüstungspolitischen Ziele Präsident Obamas in der Amtsperiode 2009-2013 stünde. Weitere Fortschritte in diesem Bereich wären danach wahrscheinlich erst nach einem Wahlsieg Obamas 2012 in einer möglichen zweiten Amtsperiode des 44. Präsidenten der USA zu erwarten.

3. *‚Don't Ask, Don't-Tell'*-Politik in den Streitkräften aufgehoben

Der 111. Congress hat in einer seiner letzten gesetzgebenden Entscheidungen der zweiten Sitzungsperiode ein als „don't ask, don't tell" bezeichnetes Gesetz aus dem Jahr 1993 (*Public Law* 103-160) aufgehoben, welches es Männern und Frauen, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen, untersagte, in den amerikanischen Streitkräften zu dienen (vgl. CR 8-10/2010, S. 8).

Die Entscheidung fiel im Repräsentantenhaus (*House Resolution* 2965) unter dem Vorsitz von *Speaker* Nancy Pelosi (D-California), die dieses Amt nach dem Wahlsieg der Republikaner in den *Midterm Elections* (vgl. CR 11-12/2010, S. 7) zu Beginn des 112. Congress an John A Boehner (R-Ohio) abgegeben hat, mit 275:175 Stimmen.

Der Senat folgte drei Tage später am 18. Dezember 2010, als er sich mit 65:31 Stimmen ebenfalls dafür aussprach, die rechtliche Diskriminierung von Homosexuellen in den amerikanischen Streitkräften zu beenden.

Präsident Obama, der die Gesetzesvorlage am 22. Dezember 2010 unterzeichnete (*Public Law* 111-321), konnte damit neben der Ratifikation des *New START*-Abrüstungsvertrages (vgl. Punkt 2) einen weiteren großen politischen Erfolg nach den Novemberwahlen feiern, in denen seine Partei eine deutliche Niederlage hinnehmen musste. „We are not a nation that says ‚don't ask, don't tell', so der 44. Präsident der Vereinigten Staaten, der weiter ausführte: "We are a nation that says, out of many, we are one." Ähnlich äußerte sich auch Nancy Pelosi im Repräsentantenhaus, die erklärte: „the repeal of ‚don't ask, don't tell' will close the door on a fundamental unfairness and it is awaited eagerly by many."

Im Senat waren der Entscheidung in der zweiten Sitzungsperiode des 111. Congress erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern vorausgegangen (vgl. CR 8-10/2010, S. 9). Diese hatten zunächst zu einer Blockade der *Defense*

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Authorization Bill 2011 (über die ein Ende von ‚don't ask, don't tell' zunächst befördert werden sollte) durch *Filibuster* geführt.

Deshalb entschloss sich *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada), die Aufhebung von ‚don't ask, don't tell' in einer allein stehenden Gesetzesvorlage zur Abstimmung zu bringen, die dann von Joseph Lieberman (I-Connecticut) und Susan Collins (R-Maine) formal eingebracht wurde. Ein Versuch der Gegner, die Behandlung dieser Vorlage im Senatsplenum erneut zu blockieren, scheiterte mit 65:31 Stimmen, so dass schließlich der Weg für ein Votum des Senats frei war.

In der darauf folgenden Schlussabstimmung votierten dann neben allen anwesenden 55 Mitgliedern der demokratischen Mehrheitsfraktion und den beiden unabhängigen Senatoren Lieberman (Connecticut) und Sanders (Vermont) auch acht Republikaner für ein Ende von ‚don't ask, don't tell' und zwar

- Scott Brown (Massachusetts), Richard Burr (North Carolina), Susan Collins (Mains), John Ensign (Nevada), Mark Steven Kirk (Illinois), Lisa Murkowski (Alaska), Olympia Snowe (Maine) und George V. Voinovich (Ohio).

Zuvor hatten sich der Vorsitzende der *Joint Chiefs of Staff*, Admiral Mike Mullen, und sein Stellvertreter, General James E. Cartwright, für ein Ende von ‚don't ask, don't tell' ausgeprochen und Verteidigungsminister Robert Gates hatte versichert, dass er ebenfalls keine Probleme sehe.

Die Kritiker blieben unzufrieden. „We are jamming or trying to jam major issues through the Senate of the United States because they (the Democrats, die Red.) know they can't get it done beginning next January 5", kritisierte Senator John McCain (R-Arizona) die Entscheidung.

4. Überbrückungshaushalt 2011 in Kraft gesetzt

Nachdem es den Demokraten in beiden Kammern des 111. Congress nicht gelungen war, vor dem Ende der Sitzungsperiode einen Bundeshaushalt für das laufende Haushaltsjahr 2011 zu beschließen, verabschiedeten das Repräsentantenhaus am 21. Dezember 2010 mit 193:165 und der Senat am gleichen Tag mit 79:16 Stimmen einen Überbrückungshaushalt.

Diese so genannte *Continuing Resolution*

- schreibt den Bundeshaushalt bis zum 4. März 2011 zunächst auf der Höhe des Vorjahres (in den meisten Ausgabenfeldern) fort (*House Resolution* 3082).

Präsident Barack Obama hat die Gesetzesvorlage am 22. Dezember 2010 unterzeichnet und ihr damit Gesetzeskraft verliehen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Die Entscheidung war notwendig geworden, nachdem es dem Congress im Rahmen seines jährlichen Haushaltsbewilligungsprozesses nicht gelungen war, die dazu erforderlichen 12 Einzelbewilligungsgesetze zu verabschieden. Dabei handelt es sich um die Bewilligungsentscheidungen (*Appropriations*) für „Agriculture, Commerce-Justice-Science, Defense, Energy-Water, Financial Services, Homeland Security, Interior-Environment, Labor-Human Health Services-Education, Legislative Branch, Military Construction-Veterans Affairs, State-Foreign Operations und Transportation-Housing and Urban Development".

Im Rahmen seiner Haushaltsbewilligung hatte sich der 111. Congress in seiner zweiten Sitzungsperiode im Juli 2010 lediglich auf die Verabschiedung der *Supplemental War Appropriations Bill*, also der Ergänzungsbewilligung zur Abdeckung der Kriegskosten bzw. der Truppenstationierungen im Irak und in Afghanistan einigen können.

Damit fällt dem 112. Congress die schwierige Aufgabe zu die Bewilligung für den laufenden Bundeshaushalt 2011 abzuschließen, zumal auch noch über eine Erhöhung der Verschuldungsgrenze entschieden werden muss (vgl. Punkt 5). Die Republikaner, die im neuen Congress nach ihrem Erfolg in den *Midterm Elections* im Repräsentantenhaus die Mehrheit stellen, stehen dabei vor einem politischen Dilemma. Einerseits müssen sie versuchen, ihre budgetpolitischen Prioritäten durchzusetzen, die auf Haushaltskürzungen in allen Bereichen (mit Ausnahme des Verteidigungshaushalts) auf das Ausgabenniveau des Jahres 2008 abzielen. Andererseits dürfen sie dabei nicht obstruktiv erscheinen, wenn sie in den laufenden Bundeshaushalt 2011 eingreifen. Es bleibt abzuwarten, ob sie dieses Dilemma mit einer Sammelbewilligung („Omnibus Budget Reconciliation") umgehen, um dann im Zuge der Bewilligung des Bundeshaushalts 2012 ihre haushaltspolitischen Prioritäten durchzusetzen.

5. Parteienstreit um Anhebung der Verschuldungsgrenze des Bundes

Das Näherrücken der erneut erforderlichen Anhebung der Obergrenze für die Bundesverschuldung hat im Januar 2011 zu heftigen Kontroversen zwischen konservativen Republikanern im Congress und der Obama-Administration geführt.

Die im Februar 2010 beschlossene Verschuldungsobergrenze der US-Bundesregierung beläuft sich auf 14,3 Billionen USD.

Nach aktuellen Schätzungen wird diese Obergrenze bereits im Frühjahr 2011 erreicht. Da die Obama-Administration die Defizit-Prognosen für das laufende Haushaltsjahr nach oben korrigiert hat, dürfte die Schuldengrenze noch etwas früher als geplant erreicht werden.

Zwar besteht technisch die Möglichkeit durch die Verzögerung von Routine-Ausgaben die Überschreitung der Schuldenobergrenze in den Frühsommer 2011 zu verschieben,

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

doch angesichts des drohenden Image-Schadens solcher Notmaßnahmen ist stellt dies politisch keine praktisch gangbare Option dar.

Angesichts der fiskalpolitischen Dringlichkeit wollen konservative Republikaner aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat die anstehende Anhebung der Schuldenobergrenze mit Zugeständnissen von Seiten der Administration und der Demokraten verknüpfen.

Da die Drohung mit einer Nichtbedienung von Bundesschulden wenig glaubwürdig ist (und um ihre Verhandlungsspielräume zu erhöhen) haben konservative Mitglieder des Congress um Senator Patrick J. Toomey (R-Pennsylvania) eine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Bund verpflichten soll, die Bundesschulden vor allen anderen Zahlungen zu bedienen.

Finanzminister Timothy F. Geithner hat Toomeys Vorschlag als unhaltbar gerügt. Neben dem drohenden Ansehensverlust des US-Bundes als zuverlässiger Schuldner bedeute der Vorschlag, der Bund würde mit der Aussetzung von Zahlungen für die Gehälter von Bediensteten in Behörden und Militär drohen sowie die Vergütung von Sach- und Dienstleistungen in Frage stellen.

Geithner korrigierte, sehr zu Senator Toomeys Missfallen, auch die Behauptung, der Bund habe bereits früher zur Vermeidung einer Überschreitung der Schuldengrenze eine Priorität auf den Schuldendienst vor anderen Zahlungen gesetzt.

Für die republikanischen Führungen im Congress betonte der neue *Speaker*, John A. Boehner (R-Ohio), dass ein Überschreiten der Schuldenobergrenze ein fiskalpolitisches Desaster wäre, und erteilte damit mehr oder minder offen jenen konservativen Fraktionsmitgliedern eine Absage, die mit der Drohung einer Nichterhöhung politisch pokern wollen.

Wenngleich damit ein fiskalpolitisches Hasard-Spiel um die Anhebung der Schuldenobergrenze des Bundes ausgeschlossen scheint, zeigen die ostentativen Positionierungen dennoch, dass die konservativen Republikaner unter erheblichem Handlungsdruck stehen und die Obama-Administration darauf bedacht ist, den Eindruck der politischen Erpressbarkeit gar nicht erst aufkommen zu lassen.

6. Neue Geschäftsordnung für das Repräsentantenhaus verabschiedet

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus unter Führung des neuen *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) und des neuen Vorsitzenden des *Rules Committee*, David Dreier (R-California), hat im Rahmen der konstituierenden Sitzung des 112. Congress am 5. Januar 2011 eine neue Geschäftsordnung verabschiedet. Die Änderung der Geschäftsordnung wurde mit 238:191 Stimmen entlang den Fraktionslinien vollzogen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Im Repräsentantenhaus als *majoritarian institution* bestimmt die Mehrheitsfraktion die Geschäftsordnung und die Republikaner hatten entsprechend ihrem Wahlkampfprogramm *Pledge to America* eine Reihe von Veränderungen versprochen, auch mit Blick auf die Arbeitsweise des Congress (vgl. CR 8-10/2010, S. 12).

Die neue Geschäftsordnung im Repräsentantenhaus soll zunächst die Transparenz der parlamentarischen Arbeit verbessern helfen und verpflichtet

- die Institution dazu, Gesetzesvorlagen mindestens drei Tage vor ihrer schlussendlichen Abstimmung im Plenum *online* jedermann zugänglich zu machen;

- die Ausschüsse, ihre Verfahrensordnung öffentlich zu machen und alle Anhörungen als *Webcast* in das Internet zu stellen.

Darüber hinaus wurde eine Begrenzung der Amtszeit von *Committee Chairmen* auf sechs Jahre beschlossen, und die Initiatoren von Gesetzesvorlagen müssen zukünftig deren verfassungsrechtliche Basis („the bill's constitutional basis") bezeichnen.

Mit Blick auf die im Wahlkampfprogramm *Pledge to America* angekündigte Verringerung der Bundesausgaben legt die neue Geschäftsordnung im Repräsentantenhaus eine so genannte „cut-as-you-go"-Bestimmung fest, die an die Stelle der „pay-as-you-go"-Regel tritt. Neue verpflichtende Ausgabenentscheidungen müssen fortan durch Streichungen bei existierenden Bundesprogrammen ausgeglichen werden (wobei diese Bestimmung allerdings nicht für Steuerkürzungen gelten soll).

Gleichzeitig soll die Verschuldungsgrenze des Bundes (vgl. Punkt 5) nicht mehr automatisch an die (in der Regel steigenden) Ausgabenniveaus im Rahmen der *Budget Resolution* angepasst werden, mit der der Congress jährlich über den groben Finanzrahmen des Bundes entscheidet, der dann die Grundlage der *Authorization* und *Appropriation* des Bundeshaushalts bildet.

Während der neue Vorsitzende des *Rules Committee*, David Dreier (R-California), die Änderungen in der Geschäftsordnung des Repräsentantenhauses als Schritt zu „größerer Transparenz und Verantwortlichkeit" bezeichnete, kritisierten die Demokraten die neue Geschäftsordnung als „Heuchelei".

7. Senat debattiert Einschränkungen von Obstruktionspraktiken

Der Senat hat Ende Januar 2011 die Einschränkung gängiger Obstruktionspraktiken diskutiert, mit denen in den letzten Jahren zunehmend nicht nur wichtige Gesetzesvorhaben, sondern auch die Bestätigung der Ernennungen von Richtern und führenden Positionen in der Administration blockiert wurden.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Im Vordergrund stand erneut die Praxis des „Filibustering“, die es einer geschlossenen Opposition erlaubt, ein Gesetzesvorhaben gegen den Willen einer einfachen Mehrheit zu verhindern.

Während das *Filibuster* historisch in der endlosen Fortsetzung von Redebeiträgen bestand, ist es in der modernen Version schlicht die Verweigerung des formalen Endes der Debatte und damit die Verhinderung einer Abstimmung durch das Plenum.

Nur eine qualifizierte Mehrheit von 60 Senatoren kann das Ende der Debatte und damit eine Abstimmung erzwingen, so dass eine Minderheit über eine scharfe Waffe der Obstruktion verfügt.

Der erneute, diesmal von den Demokraten vorgetragene Versuch, das *Filibuster* einzuschränken, scheiterte wiederum am Widerstand aus beiden Parteien. In der Diskussion waren insbesondere Vorschläge wie

- die notwendige Zahl der Stimmen für die Beendigung eines *Filibuster* herabzusetzen und

- das *Filibuster* gegen die Überweisung einer Gesetzesvorlage an das Plenum zu untersagen.

Besonders zu Beginn der zweiten Amtszeit Präsident George W. Bushs hatte sich der Streit um die Obstruktion im Senat im Kontext von Richter-Ernennungen zugespitzt (CR 5/2005, S. 1). Gegen die Einschränkung des *Filibuster* fanden sich in der Mehrheitspartei auch damals eine Reihe von Gegnern.

Die Senatsführung der Demokraten unter Harry Reid (D-Nevada) einigte sich mit der Oppositionsführung um Mitch McConnell (R-Kentucky) in einem informellen Übereinkommen darauf, dass die Opposition die Obstruktionsoption mit großer Zurückhaltung ausübt.

Im Gegenzug hierzu sagte die demokratische Mehrheit zu, der Opposition mehr Zeit und Raum für die Debatte und Abstimmung über Änderungsanträge (*Amendments*) im normalen Gesetzgebungsprozess zuzugestehen.

Echte Einschränkungen konnten dagegen in der Frage der so genannten *holds* (Stopps) durchgesetzt werden. Abgeleitet aus dem Recht auf ein *Filibuster* erlaubt die Platzierung von *holds* einzelnen Senatoren, eine Ernennung oder einen Gesetzesentwurf zumindest vorübergehend zu blockieren, ohne dass zunächst bekannt werden muss, von wem oder warum die „hold-Option“ ausgeübt worden ist.

Zum einen wurde die Zahl der zustimmungspflichtigen Richterpositionen um ein Drittel reduziert. Die unter George W. Bush von den Demokraten und nun unter Barack Obama von den Republikanern in immer stärkerem Maß genutzte Obstruktionstaktik wird zusehends als echte Belastung für die Funktionsfähigkeit der Justiz gesehen und

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

kritisiert.

Zum anderen müssen die Namen der Senatoren, die ein *hold* platzieren, in Zukunft bereits nach zwei Tagen bekannt gemacht werden. Will ein Senator anonym bleiben, wird das *hold* unter dem Namen des jeweiligen Fraktionsführers publik gemacht. Dies soll ein Mindestmaß an demokratischer Verantwortung und Kontrolle ermöglichen.

Darüber hinaus einigten sich beide Parteien darauf, die Option, die vollständige Verlesung von Gesetzentwürfen oder Änderungsanträgen verlangen zu können, zu streichen, wenn der Text mindestens 72 Stunden vor der Abstimmung öffentlich vorliegt.

Die ohne große Kontroversen erzielten Übereinkommen zwischen den Parteien im Senat deuten an, dass beide Seiten gewillt sind, den politischen Streit sachlich zu halten und Eskalationen zu vermeiden. Gemessen an den Auseinandersetzungen im Kontext der demokratischen Gesundheitsreform 2009 sowie des republikanischen Wahlkampfes ist diese Akzentverschiebung im Stil bemerkenswert.

8. Starke parteipolitische Polarisierung setzt sich fort

Im 111. Congress hat sich in der zweiten Sitzungsperiode 2010 nach Berechnungen von *Congressional Quarterly* (CQ) die starke parteipolitische Polarisierung insbesondere im Senat fortgesetzt. Sie legt nahe, dass das amerikanische Parlament nicht mehr wie noch in der Literatur der 1970er und 1980er Jahre als Legislative mit geringer Partei- und Fraktionsdisziplin einzuordnen ist. Im Gegenteil: Die Funktionslogik des amerikanischen Congress scheint sich immer mehr jener von parlamentarischen Demokratien anzunähern, in denen die Fraktionen oftmals geschlossen entlang der Linie Regierungsparteien versus Opposition gegeneinander agieren.

Folgt man den statistischen Untersuchungen von CQ, die seit 1953 jährlich vorgelegt werden und daher gute Trendextrapolationen ermöglichen, dann haben die beiden Fraktionen im Senat im Jahr 2010 in 78,6 Prozent der untersuchten *Roll Call Votes* gegeneinander (also eine Mehrheit der Demokraten gegen eine Mehrheit der Republikaner) gestimmt. Das ist der höchste jemals von CQ gemessene Wert mit Blick auf die so genannte „Frequency of Unity Votes“. Im Jahr 2009, also der ersten Sitzungsperiode des 111. Congress, lag dieser Wert bei 72 Prozent.

Vor diesem Hintergrund überraschen auch die statistischen Untersuchungen zum so genannten *Average Party Unity Score* (PUS) nicht, also jenem Abstimmungsverhalten, bei dem eine Mehrheit der Demokraten gegen die Mehrheit der Republikaner stimmt. Folgt man den Berechnungen von CQ, dann traten die Republikaner in ihren Positionen gegen die Demokraten in beiden Kammern statistisch betrachtet nahezu geschlossen auf. Im Repräsentantenhaus stimmten sie in 88 Prozent aller untersuchten Abstimmungen gegen die Demokraten. Im Senat lag dieser Wert bei 89 Prozent.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Umgekehrt stimmten die Demokraten im Senat in 91 Prozent aller von CQ untersuchten Abstimmungen gegen die Mehrheit der Republikaner (2009 lag dieser Wert ebenfalls bei 91 Prozent; vgl. CR 1-2/2010, S. 12). Im Repräsentantenhaus stimmten die Demokraten in 89 Prozent der Abstimmungen gegen die Mehrheit der Republikaner. In der ersten Sitzungsperiode des 111. Congress hatte dieser Wert sogar bei 91 Prozent gelegen.

Vor dem Hintergrund der starken parteipolitischen Polarisierung im Kontext des *unified government* in Präsident Obamas ersten beiden Regierungsjahren überrascht es nicht, dass Präsident Obama sich in seinem zweiten Regierungsjahr 2010 in 85,8 Prozent der Abstimmungen gegenüber dem Congress durchsetzen konnte, zu denen er eine Position eingenommen hatte. Das entspricht nicht ganz dem statistischen Rekordergebnis seines ersten Amtsjahres 2009, in dem er sich mit 96,7 Prozent gegenüber dem Congress durchgesetzt hatte.

In der Sicherheits-/Außenpolitik lag Obamas Durchsetzungsrate 2010 bei 80 Prozent (gegenüber 90 Prozent 2009), wobei er sich insbesondere im Senat in der zweiten Sitzungsperiode des 111. Congress nach Berechnungen von CQ zu 100 Prozent durchsetzen konnte. In der Innenpolitik lag die *Presidential Success Rate* 2010 statistisch im Repräsentantenhaus bei 100 Prozent und im Senat bei 55,6 Prozent. 2009, in dem der Präsident noch über eine *Supermajority* von 60 Stimmen im Senat verfügt hatte (vgl. CR 1-2/2010, S. 13), betrug dieser Wert in der Kammer noch 100 Prozent (und lag im Repräsentantenhaus bei 97,6 Prozent).

Allerdings dürften sich diese statistischen Durchsetzungswerte Präsident Obamas gegenüber dem Congress in seinem dritten Amtsjahr deutlich ändern, nachdem die Partei des Präsidenten in den *Midterm Elections* 2010 eine schwere Niederlage hinnehmen musste (vgl. CR 11-12/2010, S. 7). Im Repräsentantenhaus steht dem Präsidenten nun eine solide republikanische Mehrheit gegenüber und im Senat haben die Republikaner sechs Sitze hinzugewonnen und die Demokraten sind nun sieben Sitze von einer *Supermajority* entfernt. Unter den Bedingungen eines *divided goverment* und vor dem Hintergrund einer starken parteipolitischen Polarisierung dürfte es für den 44. Präsidenten entsprechend schwieriger werden seine Position in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik im Congress durchzusetzen. Stattdessen wird er sich stärker auf die „power of persuasion“ verlegen müssen, wie Richard Neustadt es schon vor vielen Jahren formuliert hat.

9. Präsident setzt Prioritäten in Ansprache zur Lage der Nation

Präsident Barack Obama hat am 25. Januar 2011 in seiner *State of the Union Address* vor beiden Häusern des Congress die Prioritäten seiner Administration für die zweite Hälfte seiner ersten Amtszeit vorgestellt.

Die diesjährige gemeinsame Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat zur *State of*

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

the Union fand insofern in einem ungewöhnlichen Rahmen statt, als die Mitglieder der republikanischen und demokratischen Fraktionen nicht wie üblich nach Parteien getrennt, sondern durchmischt ihre Plätze eingenommen hatten.

Die außergewöhnliche Geste zwischenparteilicher Zivilität und persönlicher Nähe reflektierte den Mordanschlag auf die demokratische Abgeordnete Gebrielle Giffords in ihrem Heimatstaat Arizona, dem sechs unbeteiligte Bürger zum Opfer gefallen sind und der große Bestürzung über die Parteigrenzen hinweg ausgelöst hatte.

Obwohl augenscheinlich nicht politisch motiviert, hatte das Attentat eine nationale Diskussion über die zunehmend rauen politischen Umgangsformen und die gelegentlich von wenig verhüllten Gewaltandrohungsmetaphern durchzogene, politische Rhetorik ausgelöst.

Präsident Obama verneigte sich in der Eröffnung seiner Rede auch sprachlich gewandt vor *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) und dessen neuer republikanischer Mehrheit (vgl. CR 11-12/2010, S. 11) und erkannte damit öffentlich die veränderten Machtverhältnisse an.

In der Form konziliant skizzierte Präsident Obama jedoch in der Sache eine zwar auf die politische Mitte, aber eben nicht auf die Anliegen des konservativen *Mainstream* der republikanischen Partei ausgerichtete Agenda für die zweite Hälfte seiner Amtsperiode.

Die dezidiert zukunftsorientierte Prioritätenliste Präsident Obamas steht unter dem klangvollen Titel: „Winning the Future“ und setzt Schwerpunkte in der Investitions- und Bildungspolitik. Diese Schwerpunktsetzung deutet nicht nur für eingefleischte Konservative einen neuen Staatsaktivismus an.

Obama strich heraus, dass der nationale Charakter und die Lebensqualität der USA auf ihrer enormen Innovationskraft aufbauen. Im verschärften internationalen Wettbewerb könne diese nur durch eine Konzentration auf Bildung und Forschung wie die Modernisierung der Infrastruktur des Landes gesichert werden.

Die Nation, so Obama, stünde damit vor dem „Sputnik“-Moment der jetzigen Generation, der zu einer großen Kraftanstrengung herausfordere. Der Präsident zieht damit eine Parallele zu dem Wettlauf der 1950er und 60er Jahre zwischen der USA und der UdSSR um die Weltraumerforschung.

Die UdSSR schien der USA zunächst den Rang abzulaufen, provozierte diese aber zu einem Raumfahrtprogramm, das in der ersten Mondlandung durch die Amerikaner gipfelte.

Als konkrete Felder für vermehrte Anstrengungen und Förderung durch die Politik benannte der Präsident die Biomedizin, alternative Energiequellen und die Informationstechnologie.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Dies müsse allerdings auf ein generell gestärktes Ausbildungssystem aufbauen und durch eine hochmoderne Infrastruktur für die Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen getragen werden.

In der offiziellen republikanischen Antwort auf die Ansprache des Präsidenten entgegnete der Abgeordnete Paul D. Ryan (Wisconsin), auch wenn solche Programme als Konjunkturförderung oder Zukunftsinvestitionen verkauft würden, dürften sie nicht als Blankovollmacht für einen fortgesetzten Ausbau der Staatsaktivitäten missbraucht werden.

Die von Präsident Obama skizzierte begleitende Steuerpolitik, die einen Abbau von bestehenden Vergünstigungen zugunsten von Zukunftstechnologien, und ein Auslaufen der unter Präsident George W. Bush beschlossenen Steuersenkungen für die obersten Einkommensgruppen (siehe Punkt 1) vorsieht, weist dann auch schon deutlicher auf einen politischen Konfrontationskurs mit der wieder erstarkten republikanischen Partei hin.

Auch in den weiteren genannten Schwerpunktsetzungen, der Konsolidierung insbesondere der Alterssicherungssysteme und einer Reform der Einwanderungspolitik, sind markante Differenzen zwischen den Parteien nicht zu übersehen.

Mit den aktuellen Prioritäten der Republikaner, die auf Haushaltskonsolidierung, Schuldenabbau, Steuersenkungen und eine generelle Zurückführung der Staatsaktivitäten abzielen, ist Obamas Agenda kaum in Einklang zu bringen.

Allerdings ist erkennbar, dass sich der Präsident mit Blick auf die Wahlen 2012 geschickt auf die politische Mitte und die Zukunft des Landes hin orientiert. Ob dies für einen „Sputnik“-Moment genügen wird, ist allerdings knapp zwei Jahre vor den Wahlen 2012 noch mehr als offen.

10. Drei Senatoren kündigen Verzicht auf erneute Kandidatur an

Zum Sitzungsauftakt des 112. Congress haben drei langjährige Senatsmitglieder der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass sie sich 2012 nicht um eine Wiederwahl bemühen werden.

Den Anfang machte Mitte Januar 2011 die texanische Senatorin Kay Bailey Hutchinson (R), die zum Ende ihrer dritten Amtsperiode und damit nach 18 Jahren aus dem Senat ausscheiden will.

Die 67-jährige Hutchinson gehört generell zu dem Lager verlässlich konservativer Republikaner, war aber in Einzelfragen wie der Immigrationspolitik gelegentlich von der Linie der ideologischen Orthodoxie abgewichen.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

2010 war sie gegen den republikanischen Gouverneur von Texas, Rick Perry, erfolglos in den parteiinternen Vorwahlen angetreten. Nach ihrer Niederlage galt sie innerhalb der Partei selbst als verwundbar.

Die frühe Ankündigung ihres Verzichts auf eine Kandidatur für eine vierte Amtzeit begründete sie damit, dass sie den potenziellen Bewerbern in der Partei ausreichend Zeit geben wollte, um ihre Wahlkämpfe für die Nominierung vorzubereiten.

Nur wenige Tage später, am 18. Januar, hat Senator Kent Konrad (D-North Dakota) seine Absicht verlauten lassen, Ende 2012 ebenfalls aus dem Senat auszuscheiden.

Der 62-jährige Conrad gehört dem Senat ungeachtet seines relativ jungen Alters bereits seit mehr als 20 Jahren an und ist fest im liberalen *Mainstream* der Demokratischen Partei verankert.

Als Vorsitzender des Budget-Ausschusses des Senats will sich Conrad nun auf die politisch wenig attraktive Aufgabe der Haushaltskonsolidierung konzentrieren (siehe Punkt 5).

Für die Demokraten dürfte es nach dem Abtritt Conrads 2012 erheblich schwerer werden, den Sitz in North Dakota zu verteidigen.

Kurz nach Conrad kündigte auch der parteiunabhängige Senator Joe Lieberman (Connecticut) an, sich nicht um die Wiederwahl in den Senat bemühen zu wollen.

Der 68-jährige Lieberman war wie Conrad zuerst 1988 als Demokrat in den Senat gewählt worden. Als Vizepräsidentschaftskandidat von Al Gore 2000 unterstützte er nach dem 11. September 2001 die Außen- und Sicherheitspolitik George W. Bushs nachhaltig und verlor damit zusehends den Rückhalt in seiner eigenen Partei.

Nach seiner Vorwahlniederlage 2006 trat er in Connecticut als unabhängiger Kandidat an und gewann gegen seine demokratischen und republikanischen Kontrahenten.

2008 unterstützte er den republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain gegen Barack Obama. Dem ungeachtet schloss er sich nach den Wahlen dem demokratischen *Caucus* (Fraktionsversammlung) im Senat an und unterstützte die linksliberale Mehrheit der Demokraten in entscheidenden Fragen.

Die Demokraten von Connecticut, die den Staat traditionell politisch dominieren, betrieben jedoch für 2012 erneut die Abwahl Liebermans, der mit seinem Verzicht einer harten Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang aus dem Weg gegangen ist.

Wenngleich die Republikaner mit Blick auf ihre verbesserten Aussichten in North Dakota insgesamt von den Rückzugsnachrichten profitieren, deuten diese über die Parteigrenzen hinweg aber darauf hin, dass die 2010 einsetzende Umbruchwelle noch anhält.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Vor allem für die Demokraten, aber auch für die Republikaner stehen die Zeichen weiterhin auf einen anhaltenden Personalwechsel im Nachhall auf die außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschafts- und finanzpolitischen Krisen des zurückliegenden Jahrzehnts (siehe CR 11-12/2010, S. 11 und 15).

Neue Studien der Politikwissenschaft der TU Kaiserslautern (zugänglich unter http://www.sowi.uni-kl.de/wcms/573.html):

Florian Böller: Varianz demokratischer Außenpolitik: Deutsche und amerikanische Politik im Vorfeld des Irakkrieges 2003, KOPS, Kaiserslautern: Technische Universität.

Florian Böller/Matthias Heyck/Michael Weis/Sebastian Werle/Jürgen Wilzewski: Locked in for Conflict? Obama, die Zwischenwahlen 2010 und die Außenpolitik der USA, KOPS, Kaiserslautern: Technische Universität 2011.

Congress Report, ISSN 0935 – 7246 - http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report -
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN

Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/